

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

25.5.1862 (No. 123)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 25. Mai.

N. 123.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einsendungsgeld: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelber frei.
Expedition: Carl-Friedrichs-Str. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 24. Mai.

Durch allerhöchste Ordre vom 23. d. treten im großh. Armeekorps nachfolgende Beförderungen und Versetzungen ein:

- 1) Die charakteristischsten Hauptmänner:
Kieffer im 2. Jägerbataillon,
von Vogel, Adjutant beim Kommando der Infanterie,
von Boecklin (Friedrich), zweiter Adjutant bei dem Gouvernement der Bundesfestung Rastatt,
rücken in den etatsmäßigen Stand ihrer Charge ein; der Legenannte unter Enthebung seiner Verwendung als Adjutant beim Gouvernement und Versetzung zum 2. Jägerbataillon.
2) Oberleutnant Boffer im 3. Infanterieregiment wird zum Hauptmann 2. Klasse befördert.
3) Hauptmann Straub vom 3. Infanterieregiment wird zum (1.) Leib-Grenadierregiment versetzt.
4) Oberleutnant Becker im 4. Infanterieregiment, Prinz Wilhelm, wird zum Kompaniekommandanten ernannt.
5) Oberleutnant von Schilling im 2. Dragonerregiment, Markgraf Maximilian, wird zum Rittmeister 2. Klasse befördert, unter Versetzung zum 3. Dragonerregiment, Prinz Karl.
6) Oberleutnant von Landenberg vom (1.) Leib-Dragonerregiment wird zum zweiten Adjutanten bei dem Gouvernement der Bundesfestung Rastatt ernannt.

Zu Oberleutnanten in den beigelegten Truppenabtheilungen werden befördert:

- 1) Im Generalkab.
Leutnant Grieselich.
2) In der Infanterie.
Leutnant Kraus im 1. Jägerbataillon.
Leutnant Böttlin im 2. Infanterieregiment, König von Preußen.
Leutnant Schonhardt im 2. Jägerbataillon, unter Versetzung zum 4. Infanterieregiment, Prinz Wilhelm.
Leutnant Flaßland im 5. Infanterieregiment.
Leutnant Hoffmann im (1.) Leib-Grenadierregiment.
Leutnant Lebau im (1.) Leib-Grenadierregiment, unter Versetzung zum 4. Infanterieregiment, Prinz Wilhelm.
Leutnant von Friedeburg im 2. Infanterieregiment, König von Preußen.
Leutnant Schneider im (1.) Leib-Grenadierregiment.
3) In der Reiterei.
Leutnant von Jagemann im 3. Dragonerregiment, Prinz Karl, unter Versetzung zum 2. Dragonerregiment, Markgraf Maximilian.
Leutnant von Boecklin im (1.) Leib-Dragonerregiment.
4) In der Artillerie.
Leutnant Eichtenauer
Leutnant Holz
Leutnant von Haber im Feld-Artillerieregiment.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Frankfurt, Samstag, 24. Mai. In der heutigen außerordentlichen Sitzung der Bundesversammlung wurde der preussisch-österreichische Antrag vom 8. März auf Wiederherstellung der türkessischen Verfassung vom Jahr 1831 angenommen. Kurhessen erklärt — unter Verwahrung — Folgeleistung. Dem Vernehmen nach stimmten nur Dänemark und Mecklenburg gegen den Antrag.

Hannover, 22. Mai. Die Deputirtenkammer hat heute auf den Antrag des Abgeordneten Ostermeyer die nachträgliche Genehmigung des einseitig vom Finanzminister angekauften Vasinghauser Bergwerks mit großer Majorität verweigert. [In der Ersten Kammer war am 21. Mai die nachträgliche Genehmigung erfolgt.]

Kopenhagen, 20. Mai. (S. N.) Zu der vom 11. bis 17. Juni hier stattfindenden nordischen Studentenversammlung sind bis jetzt 750 Gäste angemeldet worden, nämlich 300 aus Upsala, 250 aus Christiania, und 200 aus Lund.

Kopenhagen, 22. Mai. „Fädrelandet“ theilt mit, daß in diesen Tagen der Befehl ergangen sei, an den Bahnhöfen Altona und Büchen Befestigungen anzulegen.

Warschau, 22. Mai. Nach eingetrossener Weisung aus St. Petersburg sollen energische Vorbereitungen zur Eröffnung einer Zentralschule im August getroffen werden. Es sind hiezu eine Million polnischer Gulden angewiesen. Es sollen zuvörderst Lehrstühle für Jurisprudenz und Philologie und später auch für Polytechnik errichtet werden.

Hermannstadt, 22. Mai. Die sächsische Nationaluniversität wählte für die sächsische Nationaldeputation unter Führung Konrad Schmid's den Deputirten von Hermannstadt, Jakob Ranniger, und Joseph Gall von Schäßburg.

Mostar, 21. Mai. Der wisch Pascha hat die Montenegro- und Insurgenten in der Duga mit bedeutendem Verlust geschlagen. Der Engpaß Duga soll frei sein. Der Boswode Jovan Bacicovich aus Banjani ist unter den Gefallenen.

Athen, 17. Mai. Die Amnestie ist erweitert worden. Die Kamern wurden heute eröffnet. Elliot ist hier angekommen.

Konstantinopel, 22. Mai. (Fest. Bl.) Die Porte hat die Vorschläge Rußlands, welches die Anerkennung der Unabhängigkeit Montenegro's verlangte, zurückgewiesen und Dmer Pascha definitiv befohlen, Montenegro anzugreifen.

Smyrna, 16. Mai. Die Porte hat befohlen, daß die flüchtigen griechischen Offiziere in das Innere des Landes sich zu begeben haben, und die gemeinen Soldaten — weil amnestirt — nach Griechenland zurückkehren sollen. Der hiesige Polizeichef ist nach Ardin abgegangen, um Freiwillige für den Feldzug gegen Montenegro zu werben. In den Gewässern von Chio sollen Piratenschiffe erschienen sein.

Madrid, 22. Mai. England hat Spanien eingeladen, den Vertrag von London in Bezug auf Mexiko für verfallen zu erklären und das Verfahren der Bevollmächtigten anzuerkennen.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 20. Mai. Einundfünfzigste öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des Präsidenten Hildebrandt. (Ausführlicher Bericht. Fortsetzung aus der Beilage.)

Abg. Großholz: Ich habe mein Bedauern darüber auszusprechen, daß in der Petition Worte enthalten sind, die vielleicht durch den Eindruck der Empfindung zu weit geführt haben, woran ich jedoch keine Schuld trage. Ich kann die Regierung versichern, daß die Hochachtung und Verehrung der ganzen Bürgerschaft Badens gegen die Regierung so groß ist, daß es dem Gemeinderath nicht in den Sinn gekommen sein kann, die großh. Regierung auf irgend eine Weise zu beleidigen.

Abg. Schmitt: Der Antrag, welchen so eben der Abgeordnete Kirsner gestellt hat, entspricht eigentlich demjenigen, was die Mehrheit Ihrer Kommission gewollt, und eigentlich auch beschlossen hat; deßhalb kann ich denselben auch unterstützen. Es soll dadurch nur von der Kommission der Schein abgewendet werden, als wolle sie die Aufhebung des Spiels ad calendae graecas verschieben, wie der Hr. Abg. Häuffer gemeint hat. Der Abg. Kries hat die Kommission aufgefordert, wohl zu überlegen, welche Folgen der von ihr gefaßte Beschluß haben werde. Die Majorität Ihrer Kommission hat dies aber gewiß überlegt, sie hat aber nicht bloß die Folgen vom Standpunkt der Moralität im Auge gehabt, sondern sie hat auch die Folgen, welche der Beschluß der Minderheit in volkswirtschaftlicher und nationalökonomischer Beziehung wahrscheinlich haben wird, nicht außer Augen gelassen. Die Mehrheit der Kommission hat auch im Prinzip das Spiel vom Standpunkt der Moralität aus als nicht zu rechtfertigend angesehen. Sie hat dies nicht etwa hauptsächlich aus dem Grunde gethan, wie der Hr. Abg. Häuffer, weil dem Bankhalter materielle Vortheile vor den Spielern gewährt seien, sondern wegen der sonstigen verderblichen Folgen, welche das Spiel auf den Charakter hat. Sie hat namentlich ins Auge gefaßt, daß das Hazardspiel ganz geeignet ist, alle edlen Gefühle in dem Menschen zu unterdrücken, und ich glaube, dieser Punkt verdient hier vorzugsweise ins Auge gefaßt zu werden. Wenn dies nicht zu widersprechen ist, so müssen wohl triftige Gründe bestanden haben, welche einen Regenten wie den unsterblichen Karl Friedrich veranlaßt haben, gerade das Spiel in Baden zu konfiszieren, einen Regenten, dessen höchster Ruhm und Stolz gewesen ist, ein opulentes und gesittetes Volk zu regieren. Die Aufhebung des Spielpachts kommt nicht zum ersten Mal bei dem badischen Landtag zur Sprache. Sie ist bereits im Jahr 1844 von dem grundherrlichen Abg. von Andlaw in der Ersten Kammer zur Sprache gebracht und damals der Antrag auf Aufhebung des Spiels gestellt worden. Es wurde das Spiel von einem unserer ersten Staatsmänner, Staatsrath Nebenius, in einer Weise beleuchtet, daß ich darüber in der That nichts Neues zu sagen weiß. Ich glaube, daß wir hier vor Allem die Frage ins Auge zu fassen haben, welche Folgen die unvorbereitete Aufhebung des Spiels auf den Wohlstand der Stadt Baden, und nicht bloß der Stadt selbst, sondern auch deren Umgebung haben wird; wir werden uns hier die Frage zu stellen haben: kann die Stadt Baden in ihrem dormaligen Wohlstand erhalten werden, ohne daß, wie schon in dem Bericht des Staatsraths Nebenius beantragt worden ist, vorher für einen genügenden Reservefond Sorge getragen worden ist? Diese Frage dürfte meines Erachtens unabweisbar zu verneinen sein, denn wenn es auch nicht zu läugnen sein wird, daß in Folge der Aufhebung des Spiels die Badgesellschaft, die sich jetzt in Baden zusammenfindet, künftig nicht wird erhalten werden können, so glaube ich deßhalb doch nicht, daß durch die Entfernung der zunächst bei Aufhebung des Spiels Beteiligten, nämlich der Spieler,

dieser Badeort einen Verlust von Bedeutung erleiden werde. Aber immerhin wird auf Baden dasjenige nicht verwendet werden können, was bisher verwendet worden ist. In Folge dessen werden die Anstalten, welche die vornehme Welt vorzugsweise dahin gezogen haben, in Verfall gerathen und in Folge dessen, glaube ich, wird der Kurort künftig nicht mehr das bleiben, was er bisher gewesen ist, und nicht bloß die Stadt Baden allein wird etwa die Verluste zu tragen haben, sondern auch die Umgebung, denn auch sie ist bei der massenhaften Konjunktion, welche in Folge des großartigen Besuchs des Badeorts Baden stattfindet, wesentlich theilhaftig und wird auch wesentlich darunter zu leiden haben. Dies sind die Gründe, welche mich für die Ansicht der Majorität der Kommission stimmen lassen und weshalb ich auch den Antrag des Abg. Kirsner unterstütze.

Abg. Lamey (von Pforzheim): Es wäre taktvoller gewesen, den Namen eines hochgeachteten badischen Fürsten nicht hereinziehen in eine Diskussion, deren Atmosphäre dafür nicht rein genug ist. Wenn aber doch einmal Fürstennamen hereingezogen wurden, so erlaube ich mir, an den alten Kaiser Vespasian zu erinnern, und ein Wort desselben zu wiederholen, das den Meisten von Ihnen bekannt ist. Wie aus dem Ertrag der öffentlichen Abtritte eine Staatseinnahme gewonnen wurde, machte ihm sein Sohn Titus den Vorhalt, sein sittliches Gefühl sei enttäuscht, es schickte sich nicht, solche Einnahmen in das kaiserliche Aerar zu bringen. Vespasian brachte eine Goldmünze, hob sie ihm unter die Nase mit den Worten: Nicht du etwas? Das Geld war gut. Und wenn wir heute von dem schönen Gebrauch gehört haben, der von dem Ertrag des Spielpachts gemacht wird, indem viele Ausgaben für schöne Zwecke, für welche wir sonst das Geld nicht hätten, daraus bestritten werden, so haben wir wohl auch das Gefühl, daß das Geld gut sei. Es ist peinlich auf solche Summen verzichten zu müssen und der Stadt Baden einen, wenn auch vorübergehenden, Nachtheil zuzufügen; allein eines ist für mich entscheidend, Gewinn rechts oder links, Staatskasse oder Volksbeutel, gleichviel, wenn wir nur mit gutem Gewissen sagen können, es stinkt nicht, dann ist das Geld immer gut. Vespasian durfte es annehmen, denn er fand nichts daran; allein wenn wir etwas daran riechen — und es haben alle Redner etwas daran gerochen — so ist es anders. Wenn es sich auch nur um einen kleinen anrühenden Gewinn handelt, so läßt der Privatmann, wenn er ein Ehrenmann ist, die Hand davon und will lieber Wasser und Schwarzbrot, als das niederträchtige Gefühl haben, etwas Unreines an sich gebracht zu haben. So sehr ich den eben gestellten Antrag vom dem Standpunkt des Hrn. Abg. Kirsner anerkenne und das Gefühl theile, daß wir der Regierung in ihrer gegenwärtigen Richtung Vertrauen schuldig sind und ihr möglichst viel in die Hand geben können, so glaube ich doch, daß wir als Stände die Pflicht haben, diese Frage strenger zu behandeln. Es ist für die Regierung in Vorliebe und väterlicher Fürsorge für einen der ausgezeichnetsten Orte des Landes vielleicht schwerer, sich über die vorliegende Frage zu entscheiden, während der vielföpfige Körper einer Versammlung ruhigen Sinnes geradeaus gehen kann. Ich stimme für den Antrag der Minderheit.

Abg. Hoffmeister unterstützt den Minoritätsantrag. Baden mit seiner schönen Umgebung braucht das künstliche Anziehungsmittel des Spiels nicht.

Abg. Kries bemerkt, die badische Kammer habe allerdings dasselbe gethan, was wir thun möchten. Er könne darüber nicht hinauskommen, daß wir, wenn wir nicht kündigen, thatsächlich eine Erneuerung des Vertrags wollen, und wenn es gesetzlich zulässig sei, daß die Spielbank vom 1. Januar 1864 an aufhöre, so sei kein Unterschied zwischen den beiden Beschlüssen zu finden. Auch die Vorbereitungszeit ist nicht so kurz. Die Stadt konnte sich gut seit einer Reihe von Jahren mit dem Gedanken vertraut machen, denn im Jahr 1844 war der Antrag auf Aufhebung gestellt und im Jahr 1848 war das Spiel eine gewisse Zeit gar nicht mehr vorhanden.

Abg. v. Roggenbach: Der Hr. Abg. Großholz sah sich veranlaßt, einige Worte der Entschuldigung über den Inhalt der Petition der Stadt Baden an die Regierung zu richten. Ich weiß nicht, ob es ein glücklicher Gedanke war, dies zu thun, denn er ist sich selbst nicht des Eindrucks bewußt, den diese Petition machte, sonst hätte er gesehen, daß durch diese einfache Entschuldigung der große Gegensatz zwischen der Petition und der Regierung nicht beseitigt werden konnte; es hat auch der Hr. Präsident des Ministeriums des Innern mit seltener Großmuth und mehr Mäßigung diese Petition behandelt, als sie es verdiente. Auch glaube ich nicht, daß die Stadt Baden wohlberathen war, als sie diese Petition im Namen des Gemeinderaths und Ausschusses an die Regierung in einer Zeit gerichtet hat, wo mein verehrter Freund, der Hr. Präsident des Ministeriums des Innern, an der Spitze der Geschäfte stand, er, der mit einer ganz hervorragenden Milde die Angelegenheit der Stadt Baden zu wahren beschloß hatte, und der Gemeinderath wissen mußte, daß die Interessen der Stadt hiebei besser gewahrt werden, als durch eine derartige nachträgliche Petition. Ich halte diese Petition der Stadt Baden für ein unerhörtes Altesüß schon deßhalb, weil der Verfasser der Petition sich herausnahm, der Regierung über ihre Würde eine Lehre geben zu wollen, während die Petition selbst

in allen ihren Theilen würdelos ist. Sie ist auch deshalb unerhört, weil sie unter dem Schein der Bitte eine Anklage gegen die Regierung ist, die in der Art, wie hier Alles zusammengestellt wird, zu stark ist, als daß nicht Stimmen in der Mitte dieses Hauses sich dagegen aussprechen sollten; denn wir sind der höchste Areopag des Landes, und müssen, wo wir eine Ueberschreitung sehen, uns dagegen verwahren, und ich werde mich deshalb auch darüber in unzweideutiger und unzweifelhafter Weise aussprechen. Der Hr. Abg. Knies hat allerdings gesagt, er überlasse den Freunden des Spielpachts, diese Petition anzugreifen. Er hat hierin Recht, und dies ist auch von dem Hrn. Ministerialpräsidenten gesagt worden; allein ich bin kein Freund des Spielpachts, kann jedoch nicht unterlassen, dieser Petition entgegen zu treten. Es sind mehrere Andeutungen in der Petition enthalten, welche besagen, was der Gemeinderath und Ausschuss von der Sache hält, und diese Andeutungen sind folgende.

(Nedner verliest eine Stelle aus der Petition.)
Ich schäme mich eigentlich, diese Worte nur zu verlesen. Es ist ferner die Rede davon, daß, während nach der Anschauung des Gemeinderaths der Stadt Baden es sich mit der Würde der Regierung wohl verträgt . . . (Folgt eine Stelle aus der Petition.)

Nun, meine Herren, sage ich, ist es etwas Unerhörtes, daß eine derartige Petition in ein solches Haus geworfen wird, und ich wünsche, daß dies über die Schranken dieses Hauses hinausginge und auch nach Baden kommen möchte, damit der Redner der Stadt Baden seinen Kommittenten melden kann, daß es mit einer einfachen Entschuldigung nicht gethan ist. Es findet sich dann noch eine weitere Stelle in der Petition, die so lautet: (Wird verlesen.)

Was glauben Sie, daß man hier aufgezehrt findet? Die jährliche Festschickung des 9. Septbr. Ist sie so etwas vorgekommen, und einer Regierung eine so große Verantwortung aufgelegt worden, wie hier? Und eine solche Petition wagt man in dieses Haus zu bringen? Was glauben Sie, daß der Großherzog hiezu sagen wird? Ich muß gestehen, daß ich dieses Aktenstück kaum habe lesen können.

Ich gehe aber noch weiter, und behaupte, der Gemeinderath und Bürgerausschuss, indem er die Petition in dieses Haus brachte, verkennt vollkommen seine Stellung als Gemeinderath; er verkennt seine Stellung zu der Kammer, die Stellung der Stadt Baden zu dem Badfond, die Stellung der Kammer zu der Regierung, sowie die besondere Stellung der Regierung und der Kammer. Was ist seine Stellung? Er steht an der Spitze der Bürgerschaft, und soll derselben nicht das Beispiel unwahrer Argumente geben. Er soll damit nicht im Namen der Bürgerschaft auftreten, denn ich denke viel zu gut von der Bürgerschaft der Stadt Baden, als daß sie diesem zustimmen wird. Es gibt viele Bürger, die mit großer Indignation diesen Vorgang vernehmen und durchaus nicht unzufrieden mit der Aufhebung des Spiels sein werden.

Es ist in der Petition auf die Dpfer der Stadt Baden Bezug genommen, allein keine Gemeinde hat so wenig Dpfer gebracht, als die Stadt Baden. Die Hh. Abgeordneten von Freiburg werden bezogen können, welche Dpfer diese Stadt bringt, ohne in Anspruch zu nehmen, daß der Staat dafür einsteht. Kein Ort aber im Lande ist in der Lage wie Baden, wo so reichliche Mittel fließen, und es ist notwendig, daß dieses Haus mit vollständiger Kenntniß der Sachlage urtheilen kann, indem es sich um eine energische Zurückweisung einer solchen Petition handelt. Ich sage, die Stadt Baden verkennt ihre Stellung zu dem Badfond, und dies hat schon der Hr. Ministerialpräsident nachgewiesen. Sie hat gar kein Recht darauf, denn woher soll dieses Recht kommen? Er könnte anderwärts verwendet werden und die Stadt selbst Manches leisten, da sie schon so lange im Genuß der Spielanstalt ist. Es sind uns die Vortheile ausführlich geschildert worden, die die Stadt aus dem Spiele zieht; allein damit ist auch der Beweis geliefert, daß die Stadt Baden auf unberechtigte Weise sich bereichert hat, und zwar so ziemlich ohne ihr Zutun.

Sie verkennt aber auch ihre Stellung zu der Kammer und der Regierung. Wir haben ja Alle in diesem Saale Gewerbfreiheit votirt, und wenn die verschiedenen, für das Spiel vorgebrachten Argumente richtig sind, so wüßte ich nicht, warum die Stadt Baden es allein haben sollte; alsdann können wir kein konfessionirtes Spiel zu Gunsten der Stadt Baden haben, und was die Frage betrifft, ob die Regierung Geld dafür nehmen solle, so ließe sich denken, daß, vorausgesetzt das Spiel werde als zulässig betrachtet, was aber nach allen gefallenen Aeußerungen nicht anzunehmen ist, wenigstens die Abgabe an die Regierung aufhören solle, denn in dieser Richtung ist Manches gesagt worden. Das Spiel als solches ist nicht unsittlich, sondern es wird es nur durch die Leidenschaftlichkeit und die Art, wie es betrieben wird. Es wird mehr oder weniger unzweckmäßig sein, dieser Leidenschaftlichkeit Raum zu geben, und eine Frage der Klugheit sein, ob hier nicht ins Mittel getreten werden solle; allein an und für sich ist, wie gesagt, das Hazardspiel nicht sittlich und nicht unsittlich, sondern letzteres wird es nur dadurch, daß dieses Spiel leidenschaftlich getrieben wird. Eine absolute Unsittlichkeit würde es aber sein, auf diese Leidenschaftlichkeit eine Spekulation zu bauen, und selbst die Annahme eines Nachtzinses kann aus diesem Gesichtspunkt getadelt werden. Die Regierung wird deshalb wohl zu erwägen haben, ob sie gegen eine Geldentschädigung dieses Spiel fortbestehen lassen, oder ob sie davon absehen will. Ich sage, die Petenten verkennen die Stellung der Kammer zu der Regierung. Die Frage wegen Aufhebung des Spiels ist eine solche, die in dem Kreise des Sittlichkeits- und Zweckmäßigkeitsgebüßes liegt.

Wenn die Regierung glaubt, daß das Spiel aufgehoben werden müsse aus inneren Gründen und daß es im Augenblick aufgehoben werden könne, oder daß es noch fortbestehen solle, so ist das ihre Sache. Sie wird dann mit einem Beschluß vor dieses Haus treten und seine Ansicht darüber hören. Wir wollen uns also über unsere Stellung nicht täuschen. Unsere Wünsche werden die gegenwärtige Sachlage nicht wesentlich ändern, welcher von der Regierung eine ernste Aufmerksamkeit ohne Zweifel gewidmet werden wird.

Ich werde nun am besten zum Schluß kommen, da der Gegenstand, wenn er nicht so trauriger und ernster Natur wäre, schon zu viele Zeit in Anspruch genommen hat.

Ich glaube, daß wir die Sache füglich der Entscheidung der Regierung überlassen können, da ihr ja diese Angelegenheit eben so sehr am Herzen liegt. Ich sehe nicht, daß irgendwie das Spiel noch länger fort dauern solle, sondern glaube auch mit dem Hrn. Abg. Knies, daß es so bald als möglich aufgehoben werden soll, und auch der Standpunkt der Regierung ist der, daß es aufgehoben sei, so bald es nur thunlich erscheint. Die Entscheidung dieses Hauses scheint also so ziemlich gleichgültig, allein zum Schluß darf ich noch fragen, ob Jemand hier ist, der anders urtheilen wird. Ein allgemeines Schweigen wird die Antwort hierauf geben. (Schluß folgt.)

† Karlsruhe, 24. Mai. Zweiundzwanzigste öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 27. Mai, Morgens 10 Uhr: 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Diskussion des Berichts der Budgetkommission über das ordentliche Budget des groß. Handelsministeriums für die Jahre 1862 und 1863. (Berichterthäter: Zoldirektor Kirchgessner). 3) Diskussion des Berichts der Budgetkommission über 1. das ordentliche Budget der Postverwaltung, 2. das ordentliche Budget der Eisenbahnbetriebsverwaltung, 3. das außerordentliche Budget der Post- und Eisenbahnbetriebsverwaltung, 4. das Budget über den badischen Antheil am Reinertrage der Main-Neckar-Eisenbahn und des Main-Neckar-Staatstelegraphen für die Jahre 1862 und 1863, sowie über 5. den Nachtrag zum ordentlichen und außerordentlichen Budget der Periode der Jahre 1860/61, und 6. die umlaufenden Betriebsfonds der Post- und Eisenbahnbetriebsverwaltung für 1862 und 1863 (Vauer). 4) Diskussion des Berichts der Budgetkommission über das ordentliche Budget des groß. Kriegsministeriums für die Jahre 1862 und 1863 (Generalleutnant Kung).

Deutschland.

△ Heidelberg, 24. Mai. Der ehrwürdige Rektor unserer Hochschule, Geh. Rath Professor Mittermaier, hat im Lauf dieser Woche (20. Mai) ein schönes und seltenes Familienfest, seine goldene Hochzeit, gefeiert. Nach dem ausdrücklichen Wunsch des Jubelpaares blieb das Fest auf den stillen Familienkreis ihrer Kinder und Enkel beschränkt. Aber Tausende von Schülern und Freunden des im Dienste des Guten nie alternden Mannes durch ganz Deutschland hin und weit über dessen Grenzen hinaus werden auch bei diesem Anlaß mit uns ihre Herzenswünsche vereinigen, daß der Himmel ein so preiswürdiges und segnetes Alter uns zur Freude, dem Vaterland zum Heil noch lange erhalten möge!

□ Mannheim, 22. Mai. Lassen Sie mich eines schönen Festes erwähnen, welches am Vorabend der Fichte-Feier auch das Andenken des großen Mannes der Nation mitebezieht; es war die des hiesigen Arbeiter-Fortbildungsvereins, welcher zugleich auch das erste Stiftungsfest beging. Wer die große Menge der Vereinsmitglieder sah, die sich im Festgewande mit ihren Angehörigen versammelt hatten, der Freunde des Vereins, die sein Fest mitbegehen hielten; wer Zeuge des Tones war, der in diesem Kreise herrschte, der mußte sich gestehen, daß seine Begründung durch Professor Dr. Schröder, der seine Leitung durch diesen Gelehrten und den zweiten Vorstand, Hrn. Eichelsdorfer, eine sehr erspriessliche gewesen sei. Dies zeigten denn auch die Glückwünsche, Festgrüße, welche theils durch eigene Abordnungen (Hamburg, Karlsruhe, Pforzheim, Basel), theils durch die Post und den elektrischen Draht von 15 Brudervereinen übermittelt wurden. Die Festsrede zu Fichte's Gedächtniß hielt der hiesige Buchdruckereibesitzer J. Schneider, dessen Rede, warm, blühend, von patriotischem Eifer getragen war. Auch die anderen Reden waren geeignet, den Eifer, welcher in dem Verein so schön sich äußert, zu beleben, seine Dauer zu sichern. Dem ersten Theil der Feier folgten gesellige Unterhaltung und schließlich die Freuden des Tanzes, an welchen eine große Anzahl von Frauen, Töchtern und Schwestern der Festgenossen mit ihren Gästen bis zur späten Abendstunde heitersten Antheil nahmen.

□ Schopfheim, 22. Mai. (Sch. M.) Nachdem durch die Aufstellung kleinerer Hilfsbrücken es möglich geworden, die Wiesenthalbahn zur Erleichterung des Materialtransports seit 10. d. M. bis hieher zu befahren und den Tag der Ankunft der ersten Lokomotive mit der Gedächtnisfeier Hebel's zu verbinden, spritten seither die Arbeiten so weit vor, um die erste Probefahrt mit schweren Zügen vornehmen zu können. Hiezu kamen gestern die Hh. Oberbauwärter Kessler und Stimm mit einem Zuge von 4 zusammengehängten Maschinen nebst schwer beladenen Kohlenwägen hier an, um als technische Kommission von Seite des Staats den Stand der Arbeiten zu besichtigen und die Probe der beiden eisernen Wiesenbrücken vorzunehmen, welche auch sehr günstig ausfiel. Da die für den Betrieb nötigen Räume ihrer Vollendung entgegenstehen, so wird bei günstiger Witterung der Eröffnung der Bahn in den ersten Tagen des nächsten Monats Nichts im Wege stehen.

□ Stuttgart, 23. Mai. Gestern wurden die Kammerer verhandelt, und zwar auf unbestimmte, doch will man wissen, nur bis Mitte Juni, worauf die Stände sich wieder für einige Wochen versammeln und dann bis zum Spätherbst auf's neue werden verhandelt werden. Im Juni sollen die Legitimationsfragen vollends erledigt, die Frage wegen des preussisch-französischen Handelsvertrags abgethan und das Einführungsgesetz zum deutschen Handelsgesetzbuch beraten werden. Das königl. Vertagungsprotokoll besagt im Wesentlichen: Da die Wahl eines Präsidenten und Vizepräsidenten, sowie die Wahlen der erforderlichen Kommissionen vorgenommen sind, und damit der

nächste Zweck der Einberufung erreicht und vorerst kein Stoff mehr vorhanden ist, so vertragen wir hiermit die Stände von heute an und behalten uns vor, dieselben wieder einzuberufen, sobald die Vorarbeiten zu den Regierungsvorlagen in entsprechender Weise gefördert sein werden. Bezüglich des preussisch-französischen Handelsvertrags haben wir beizulegen, daß wir erst nach Einlauf der von der Zentralstelle für Handel und Gewerbe und von den Handels- und Gewerbetammern des Landes abzugebenden Gutachten in der Lage sein werden, eine Entschliebung über jenen Gegenstand zu geben, wobei wir jedoch ausdrücklich bemerken, daß wir keine zustimmende Erklärung abgeben werden, ehe die Stände ihre Ansicht kundgegeben haben werden.

□ Darmstadt, 23. Mai. Die Großherzogin hat (wie das heutige Bulletin berichtet) eine recht ruhige Nacht gehabt, und ist der Krankheitszustand im Ganzen nicht unbefriedigend.

□ Kassel, 21. Mai. (D. A. Z.) Großen Eifer entwickelt Prinz Georg von Hessen, ein Bruder des in Kopenhagen lebenden Landgrafen Wilhelm, welcher letztere Thronfolger in Hessen ist. Prinz Georg ist fast unaufhörlich unterwegs zwischen Kassel und Wilhelmshöhe, dem Sommeraufenthalt des Kurfürsten. Er verkehrt viel mit dem österreichischen Gesandten, und die Vermuthung des Publikums, daß er den Kurfürsten möglichst unangenehm zu erhalten suche, ist vielleicht nicht ganz ungegründet.

□ Kassel, 22. Mai. (Fr. P.-Ztg.) Der bisherige kurfürstl. Gesandte am preussischen Hof, Hr. v. Baumbach, ist in Folge seiner plötzlichen Aenderung heute Morgen hier eingetroffen. Zugleich vernimmt man, daß auch der kurhessische Gesandte am Bundestag, Hr. v. Heßberg, hier angelangt ist.

□ Kassel, 22. Mai. (Sch. M.) So erwartungs-voll man hier ist, so ruhig ist man auch. Nicht als fehlte es an Higsöpfen und an Häufen, die gern drein schlügen; aber man begreift allgemein, daß dadurch unser Recht nicht gefördert werden würde, sondern an ihrem Charakter als Rechtsfrage und Rechtskampf nur Einbuße erleiden könnte. Auch wäre es der Regierung sicher nur erwünscht, wenn sich irgendwo und wie eine aufrührerische Bewegung zeigte, um alsbald mit Kriegszustands-Erklärung und ähnlichen Maßnahmen dazwischen fahren zu können. — Ob Preußen wirklich bald einrücken lassen wird, steht dahin. Nach bisherigen Erfahrungen kann angenommen werden, daß der Kurfürst nachgibt, sobald er wirklich Ernst und Gefahr für seine Interessen erblickt; allein sicher ist dieser Zeitpunkt noch nicht nahe, es sei denn, daß von Seiten des österreichischen Gesandten ein jeder ermutigende Zuspruch schon aufgehört habe. Dieses dürfte aber im Augenblick noch nicht eingetreten sein. Es ist kein Geheimniß, wenigstens spricht man hier laut davon, daß Graf Karnicki wiederholt Ansichten geäußert und geltend gemacht habe, die mit dem Antrag vom 8. März schwer zu vereinigen seien.

□ Kassel, 22. Mai. Dem „Frfr. Journ.“ zufolge hätte der Kurfürst ein eigenhändiges Schreiben an den König von Preußen gerichtet, welches bereits abgegangen ist. Ueber den Inhalt kursiren die verschiedensten Angaben. Uebrigens sollen Desterreich und Bayern dringend vorgestellt haben, der Kurfürst solle jetzt, da Preußen seinem Ultimatum seine Gewaltmaßregel habe folgen lassen, das Ministerium ändern, indem er es nun thun könne, ohne dazu gezwungen zu erscheinen. Der Kurfürst soll diesem Rath nicht ganz abgeneigt sein. Nur die Minister, und sie ganz allein, halten ihren Sturz für einen großen Nachtheil des Fürsten und des Landes.

* Koblenz, 23. Mai. Bei der Nachwahl zu Montjoie wurde Simon, der frühere langjährige Präsident des Abgeordnetenhauses, gewählt.

□ Gotha, 22. Mai. (Goth. Ztg.) Auf Grund eines gestern Abend eingegangenen Telegramms kann mitgeteilt werden, daß unsere Herzogin sich wieder vollkommen wohl befindet. Die Abreise der höchsten Herrschaften von Alexandria erfolgt heute, und zwar auf einem englischen Kriegsschiff, welches dem Herzog für die Fahrt nach Triest zur Verfügung gestellt worden ist.

□ Dresden, 22. Mai. (Frfr. Bl.) Heute wurde der Landtag durch Hrn. v. Beust eröffnet. In seiner Eröffnungsrede sagte der Minister unter Anderm: Dem Landtag sei die letzte Entscheidung bezüglich des Handelsvertrags zwischen dem Zollverein und Frankreich vorbehalten. Die Regierung habe ihre vorläufige Beitrittserklärung abgegeben, indem sie der Uebersetzung gefolgt sei, daß die sächsische Industrie in die geöffnete Bahn getrost eintreten könne. Die sächsische Regierung werde nie vergessen, was sie Gesamtdeutschland schuldig sei. Partikuläre Rücksichten lägen ihrem Entschluß fern. Der entscheidende Eintritt in die unvermeidliche Umgestaltung des Zolltarifs könne den Fortbestand des Zollvereins nicht allein am besten gewährleisten, sondern sei auch die Basis, auf welcher die Weiterbildung des bestehenden Handelsvertrags mit Desterreich und dessen Anschluß an den Zollverein, um zu gelingen, sich vorbereiten müsse.

□ Hannover, 20. Mai. (A. Z.) Preussische Truppen sind gestern und heute in zahlreichen Zügen auf der Bahn von Magdeburg nach Minden befördert worden, heute namentlich Kavallerie, bei der ein großer Theil der Mannschaft, wahrscheinlich der Raumerparung wegen, in den offenen Wagen auf den Pferden saß, was einen eigenthümlichen Anblick gewährte. — Am 21. Juni wird eine Art Einweihung des Hafens zu Oerfemünde, in welchen das Wasser schon eingelassen ist, stattfinden.

□ Berlin, 22. Mai. Nachdem die „Sternzeitung“ diejenige Aktenstücke publizirt hat, welche sich auf den Abbruch des diplomatischen Verkehrs mit dem Kassel Hofe beziehen, theilt sie jetzt eine Depesche mit, welche den Ausgangspunkt für das unmittelbar vorhergegangene Stadium der Verhandlungen bildet. Zur Erläuterung bemerkt sie, daß die preussische Regierung, sobald die kurhessische Wahlverordnung vom 26. April hier bekannt geworden war, in Kassel gegen die Ausführung derselben ernsthafte Vorstellungen gemacht, und gleichzeitig in Wien den Gedanken angeregt hatte, von Bundes wegen die kurfürstl. Regierung von der Einleitung des

Wahlverfahren abzumachen. Nach der Ansicht des Wiener Kabinetts war jedoch für einen solchen Schritt die Zustimmung der Mehrzahl der Bundesregierungen nicht zu erwarten. Die Bemühungen Preußens in Kassel wurden am 3. Mai durch den Erlaß der Wahlauschreiben beantwortet. Hierauf richtete die königl. Regierung unter dem 6. Mai folgende Depesche an den königl. Gesandten in Wien:

Wien, 6. Mai 1862. Hochwohlgeborener Freiherr! Ew. Excellenz sind durch meine telegraphische Mitteilung bereits davon unterrichtet, daß der Versuch, den Kurfürsten von Hessen von der Ausführung der Verordnungen vom 26. April und dem Ausschreiben neuer Wahlen durch den Bund abzumachen zu lassen, gescheitert ist. Die Sache ist dadurch auf eine Spitze getrieben, auf welcher eine unmittelbare Entscheidung erfolgen muß. Wir können weder die rücksichtslose Nichtachtung unserer ausgesprochenen Absichten, welche in dem jüngsten Vorgehen der hessischen Regierung liegt, noch auch die Gefahren übersehen, welche der Versuch, Minoritätswahlen zu erzwingen, in seinem Schöße birgt. Der herausfordernde Charakter der hessischen Regierung ist jetzt eben so wenig als wir. Wir sind daher entschlossen, an die kurfürstl. Regierung die Forderung zu stellen, daß sie die direkt gegen unsere gemeinschaftlichen Anträge vom 8. März gerichtete Verordnung vom 26. April zurücknehme und überhaupt das ganze Wahlverfahren sistire. Um diese Forderung mit Nachdruck zu unterstützen, werden Se. Maj. der König Allerhöchstdienstlichen Generaladjutanten und Oberstallmeister, Generalleutnant v. Willisen, mit einem Schreiben an den Kurfürsten nach Kassel senden. Wenn der Kurfürst sich diesem Begehren fügt, so werden wir darin die gebührende Genugthuung, zugleich aber auch die Bürgschaft erblicken, daß er den in unserem gemeinschaftlichen Antrag vom 8. März bezeichneten Weg wirklich einschlagen wird. Lehnt der Kurfürst unsere Forderung ab, so wird die nächste und unmittelbare Folge die Abberufung unserer Gesandten aus Kassel sein, verbunden mit der Erklärung, daß Se. Maj. der König im weiteren Verlauf nach den Umständen handeln und nur noch das Interesse Preußens zu Rathe ziehen werde, welches von den Folgen der übersäugenden Maßregeln der kurfürstlichen Regierung auf das unmittelmäßigste berührt wird. Unser Verhältnis zu dem Antrag vom 8. März wird hierdurch nicht verändert. Wir werden vielmehr gleichzeitig sämtliche deutsche Bundesregierungen darauf aufmerksam machen, wie das Vorgehen der hessischen Regierung die Nothwendigkeit einer scheinigen Abstimmung am Bunde und einer einfachen Annahme des österreichisch-preussischen Antrags auf das schlagendste beweist. Wir sehen voraus, daß diese spätestens binnen vierzehn Tagen erfolgen kann. Die kaiserl. österreichische Regierung findet sich unserer Erachtens der kurfürstl. Regierung gegenüber in derselben Lage wie wir, wenn auch die Gefahren der unausbleiblichen Verwirrung in Hessen ihr nicht so nahe treten, wie uns. Wir würden es natürlich und wünschenswert finden, daß sie sich zu einer gleichen Mission nach Kassel schon jetzt entschliesse. Einem solchen Schritt beider Regierungen wird der Kurfürst voraussichtlich keinen Widerstand entgegenstellen, und wir werden uns alsdann freuen, auf diese Weise die Lösung durch ein gemeinsames Handeln erreicht zu haben. Um eine gleichzeitige Sendung von Wien aus zu ermöglichen, wollen wir die Abreise des hiesigen Abgeordneten noch aufhalten, bis Ew. Excellenz uns von der Annahme dieser Mitteilung bei dem Hrn. Grafen v. Rechberg unterrichtet haben, worüber ich eine telegraphische Meldung erwarte. Ich erlaube Sie, sofort mit dem kaiserl. Hrn. Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu sprechen, und ermächtige Sie, ihm Abschrift dieser Depesche zu lassen. Empfangen etc. etc. (gez.) Bernstorff. Se. Excell. dem Hrn. Grafen v. Wertheim etc. Wien.

Der österreichische Minister des Auswärtigen befand sich nicht in der Lage, eine außerordentliche Mission nach Kassel, wie sie Preußen in der Depesche anforderte, von Seiten Oesterreichs in Aussicht stellen zu können, schlug nunmehr aber seinerseits vor, falls die Sendung des Generals v. Willisen ausgelegt werde, in einer auf den 10. Mai anzuhebenden außerordentlichen Bundestags-Sitzung einen Bundesbeschuß zu erwirken, welcher die kurfürstliche Regierung um Sistierung des eingeleiteten Wahlverfahrens ersuchen sollte. Die preussische Regierung glaubte dem Wiener Kabinet auch diesen Beweis freundschaftlichen Entgegenkommens nicht verlagern zu sollen, und erklärte sich bereit, den Ausfall der Sonnabend-Sitzung abzuwarten. Da der Bundesbeschuß in Folge des von Kurhessen erhobenen Einspruchs am Sonnabend nicht zu Stande kam, reiste General v. Willisen am folgenden Tage nach Kassel ab.

Wien, 23. Mai. Wie verlautet, fühlt sich der Minister des Auswärtigen, Graf Bernstorff, seit einigen Tagen leidend. Indessen wird derselbe durch dieses Unwohlsein an der Wahrnehmung seiner Amtsgeschäfte nicht behindert. Fortdauernd herrscht im Ministerium des Auswärtigen eine sehr lebhaft Thätigkeit. Namentlich soll in Betreff der kurfürstlichen Frage ganz neuerdings wieder ein reger Depeschverkehr stattgefunden haben. Gutem Vernehmen nach sind den Vertretern Preußens bei den deutschen Höfen kürzlich umfassende Weisungen in Bezug auf die fernere Behandlung dieser Angelegenheit erteilt worden. — Der Umstand, daß neben den Verhandlungen des Bundes über die kurfürstliche Angelegenheit von preussischer Seite die militärischen Zurüstungen fortgesetzt werden, erhält hier die Deutung: Preußen wolle nicht einseitig vorgehen, so lange zu einer baldigen gemeinsamen Erledigung der Streitfrage Aussicht bleibe. Dasselbe mache sich aber für den Fall, daß diese Aussicht schwinden sollte, zum Einschreiten auf eigene Hand bereit, und zwar aus Gründen, wie sie jüngst die „Sternzeitung“ näher entwickelt hat. Jetzt zeige der Bund alle Bereitwilligkeit, für die Herstellung des rechtmäßigen Ordnungszustandes in Kurhessen Sorge zu tragen. Sollten aber die Bemühungen des Bundes erfolglos bleiben oder in der Haltung desselben eine Aenderung eintreten, so würde Preußen sich gezwungen sehen, seinerseits die zweckentsprechenden Schritte zu thun, um mit den eigenen auch die gemeinsamen deutschen Interessen vor Beeinträchtigung sicher zu stellen. — In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erfolgte die Präsidentenwahl. Bei 288 Stimmen wurde der Abg. Gräbow mit 276 Stimmen zum Präsidenten, der Abg. Behrend mit 226 zum ersten Vizepräsidenten,

und der Abg. v. Bodum-Dolffs mit 235 von 278 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Der Präsident betonte in seiner Antrittsrede nachdrücklich die Einheit zwischen Fürst und Volk; dieses Gefühl vernichte den in den letzten Monaten in das verfassungsgetrene Volk geschleuderten Wahlstuf: Königthum oder Parlament; eine Erwiderung hierauf sei nur das verfassungsgetrene Königthum mit seinem verfassungsgetreuen Abgeordnetenhaus. Nach anhaltendem Beifalle wurde Sr. Maj. dem König von der Versammlung ein dreimaliges begeistertes Hoch ausgedrückt.

Berlin, 23. Mai. (Frff. Bl.) Auf Das, was vorgehen die „Kassel. Ztg.“ bezüglich der Interpellation des kurfürstl. Gesandten an den Grafen Bernstorff und der darauf von letzterem gewordenen Antwort über die militärischen Vorkehrungen Preußens mitgeteilt hat, erwiedert heute die „Sternzeitung“ Folgendes: Angesichts der thatsächlichen Verhältnisse, welche deutlich genug sprechen, ist wohl kaum die ausdrückliche Bemerkung nötig, daß die von der „Kassel. Ztg.“ kundgegebene Auffassung der Worte des Hrn. v. Bernstorff auf einem entschiedenen Mißverständnis beruht. Die „Sternzeitung“ ist in der Lage, versichern zu können, daß die Äußerungen des Hrn. v. Bernstorff der Art gewesen, daß dem kurfürstlichen Gesandten kein Zweifel über den ganzen Ernst der Lage und den festen Willen der preussischen Regierung bleiben konnte, den kurfürstlichen Konflikt zum Abschluß zu bringen.

Wien, 22. Mai. Die „Presse“ glaubt Grund zu der Annahme zu haben, daß der „Zwischenfall“ zwischen Preußen und Kurhessen eine befriedigende Lösung erhalten werde. Sie sagt hierüber Folgendes:

In dem Augenblick, in welchem zu Kassel die Ablehnung des preussischen Ultimatus erfolgte, hat der Kurfürst in Berlin über den Empfang des Hrn. v. Willisen und die preussischer Seite behauptete Beleidigung Erklärungen abgeben lassen, welche dahin gingen, daß vom Kurfürsten eine Beleidigung Preußens und seines Königs nicht beabsichtigt und thatsächlich auch gar nicht vorgefallen sei. Diese kurfürstl. Erklärungen, die, wie uns gemeldet wird, einer Abbitte sehr ähnlich sein und am preussischen Hofe einen nicht unangenehmen Eindruck hervorgerufen haben sollen, sowie andererseits die Erwägung, daß ein weiteres weiteres Vorgehen keinen rechten Boden habe, führten zu Unterhandlungen, in Folge welcher schon in der morgigen Bundestags Sitzung der preussisch-österreichische Antrag auf Wiederherstellung der Verfassung von 1831 zum Beschluß erhoben werden wird. [Zurück heute 24. d. geschehen.] Man scheint sowohl zu Wien als zu Berlin während der letzten 48 Stunden die Gewissheit erlangt zu haben, daß der Kurfürst nicht nur sich auch diesem Bundesbeschuß unterwerfen werde, sondern daß er bereit ist, sofort nach Schöpfung dieses Bundesbeschlusses seine demaligen Minister zu verabschieden. Hiemit wäre dann auch dem preussischen Ultimatum Genüge geschehen. Wie verlautet, ist man in Berlin auf dieses Kompromiß bereitwillig eingegangen.

Hiesigen Blättern zufolge wird der mißglückte kurfürstliche Versuch der Garibaldianer wohl einige Dislokationen der österreichischen Armee in Italien, aber keine Verstärkung derselben zur Folge haben. Auch die in Ausführung begriffene Rückverlegung einzelner Armeetheile in die deutschen Provinzen wird keine Unterbrechung erleiden.

Wien, 23. Mai. (Frff. Bl.) Der Redakteur des „Baterland“, Hr. Reipp, ist zu einmonatlichem Kerker und 1000 fl., Hr. Friedmann wegen Verbrechen der Kubehörung zu dreimonatlichem Kerker und 1000 fl., die H. Thala und Delpiny wegen Verbrechen der Kubehörung und Vergehens der Aufzweigung Ersterer zu sechsmonatlichem Kerker und 1000 fl., und Delpiny zu dreimonatlichem Kerker verurtheilt worden.

Frankreich.

Paris, 23. Mai. Die Wochenchrift „L'Esprit public“ bringt über den gestrigen Ministerrath folgende Mittheilung: Gegenstand der Verhandlung war die mexikanische Frage. Man prüfte insbesondere zwei Punkte. Hinsichtlich des ersten Punktes, die gegen England und Spanien zu beobachtende Haltung betreffend, soll die Regierung entschlossen sein, den „Absfall“ (secession) Englands und Spaniens ohne Reklamation hinzunehmen. Was den zweiten Punkt — die Nothwendigkeit einer sofortigen Verstärkung des Expeditionskorps — anbelangt, so wurde die Finanzfrage aufs lebhafteste erörtert, doch ist es unrichtig, daß der Finanzminister die Zurückberufung der Truppen beantragt habe. Die Fortführung der Expedition wurde und bleibt im Prinzip angenommen. Der „Esprit public“ meint, daß die energische und loyale Haltung Frankreichs die Unterzeichner der Konvention von London, namentlich Spanien, zu einer Beschlußänderung veranlassen dürfte. Nach der heute eingetroffenen Depesche aus Madrid, wozu England das Verfahren Preußens in Mexiko billigt und England Hrn. Wyke nach Mexiko zurückschickte, um den Vertrag mit Juárez zu ratifizieren, scheint die vom genannten Journal aufgestellte Vermuthung mehr als zweifelhaft. — Dasselbe Blatt glaubt zu wissen, daß, während man dem Zwischenfall zwischen General Goyon und Marquis Favallette eine übertriebene Wichtigkeit beigelegt, in Betreff der römischen Frage direkt zwischen Paris und Turin verhandelt wird. Das Projekt, welches diesen Verhandlungen zu Grunde liegen soll, wäre vom Kaiser selbst ausgearbeitet worden, und der Art, daß die römischen Staaten berufen wären, Abgeordnete zum italienischen Parlament zu schicken. — Von den 87 französischen Bischöfen sind nur 15 nicht nach Rom gegangen. — Graf Moray ist nach London abgereist, er wird den am 4. nächsten Monats stattfindenden Derby-Rennen beiwohnen, und zwischen dem 8. und 10. wieder in Paris sein, um bei Eröffnung der Budgetsitzung — die zu dieser Zeit beginnen soll (?) — zu präsidieren. — In Fontainebleau wurden, wie ich erfahre, mehrere Personen, darunter 4 Italiener, über Absichten verdächtig, verhaftet. — Die Kaiserin wird in diesem Jahre kein Bad besuchen, sondern den ganzen Monat Juni in Fontainebleau zubringen.

Belgien.

Brüssel, 22. Mai. (Köln. Ztg.) Da das Befinden des

Königs durchaus keine Besorgniß mehr einflößt, so haben der Erzherzog Ferdinand Max und seine Gemahlin Charlotte gestern Abend sich bei ihm verabschiedet und heute früh die Rückreise nach Deutschland angetreten. Der österreichische Gesandte hat ihnen bis an die preussische Grenze das Geleit gegeben. — Die Kammer beschäftigt sich seit einigen Tagen mit dem Revisionsentwurf des Strafgesetzbuchs.

Vermischte Nachrichten.

Karlsruhe, 24. Mai. Gleichsam auf den heimathlichen Boden zurückgekehrt, gastiren gegenwärtig Herr und Frau Schorr v. Carolsfeld auf dem groß. Hoftheater. Es läßt sich denken, daß die beiden großen künstlerischen Talente, die früher unserer Bühne lange Zeit zur Zierde gereicht, auf's freudigste willkommen geheißen und mit dem reichlichsten Beifall ausgezeichnet wurden, als sie am vorigen Sonntag zum ersten Male wieder vor dem hiesigen Publikum erschienen. Sie traten bis jetzt in den Opern „Tannhäuser“ und „Hugenotten“ auf, und werden noch in „Lohengrin“ und, wie wir hören, vielleicht auch in „Fidelio“ auftreten. Eine Kritik ihrer Leistungen beabsichtigen wir nicht; es mag genügen, wenn wir bemerken, daß Beide die großen Vorzüge, die oft Gegenstand der Besprechung in diesen Blättern waren, abermals bewährt, und daß Beide an Stimme seitdem noch gewonnen haben. Die kräftige Stimme des Hrn. Schorr, so recht zum Heldentenor angelegt, ist noch mächtiger geworden, ohne etwas an dem ihr eigenen Adel einzubüßen, und der Stimme der Frau Schorr merkt man den wohlthätigen Einfluß, welchen eine längere Ruhe auf sie geübt, augenblicklich an. Welchen Erfolg sie hatten, dafür mag die Thatsache angeführt werden, daß sie nach dem 4. Akt der „Hugenotten“ drei Mal gerufen wurden. Ähnlich war der Beifall in dem „Tannhäuser“.

Gestern Abend hörten wir in dem groß. Hoftheater den Violinvirtuosen Hrn. Eduard Rappoldi, Konzertmeister der deutschen Oper in Rotterdam, — leider nur in der einen von den beiden Nummern, die er vortrug. Der Vortrag dieser Nummer aber — Papageno-Rondo von Ernst — gehört zu dem Eminentersten, was wir auf diesem Gebiet des Violinspiels noch gehört. Es vereinigte sich Alles, was hiezu erforderlich ist: vollendet Technik, schöner, kräftiger und ebenmäßiger Ton, spielendes Ueberwinden aller, auch der äußersten Schwierigkeiten, seines Kunstgefühls, Geschmack und Eleganz. Hrn. Rappoldi wurden die ehrendsten Zeichen des Beifalles zu Theil.

Vom Fuße der Burg, 22. Mai. Seit vorgestern hat man in den Mauern von Neuweier die ersten Traubenblüthen bemerkt, und verspricht sich für dieses Jahr einen vortheilhaften Herbst. Auch die übrige Vegetation läßt ein sehr reiches Jahr hoffen. Selbst in den gesegneten Weinjahren trat die Rebenblüthe nicht so früh ein; denn im Jahr 1811 blühte der Weinstock am 1. Juni, im Jahr 1822 am 25. Mai und im Jahr 1825 erst am 11. Juni. Die mittlere Temperatur betrug während des verfloffenen Winters + 4,90 R., und dürfte in diesem Sommer + 14° erreichen, so daß wir die mittlere Jahrestemperatur bei uns etwa zu 9° R. annehmen können. Die Erdbreite und Kirchen sind größtentheils reif, und haben durch die Kälte weniger als die Nutzbäume gelitten; Birnen, Äpfel und Zwetschgen wird es in reichlicher Menge geben. Von den Cerealien hat das Korn bereits verblüht und verspricht das Doppelte des vorjährigen Ertrags zu liefern. Auch sind die Aussichten auf Gerste und Haber ganz schön, während die Reispflanze nicht besonders gut über den Winter gekommen ist.

Die Weinpreise des vorigen Jahrgangs halten sich fest, und der 1861er soll bis jetzt unübertroffen dastehen. — In dem Schloß Neuwier sind in den letzten Wochen bedeutende Verschönerungen vorgenommen worden, und ist dasselbe unstreitig einer der reichsten Punkte in der Umgebung unserer vielbesuchten Bäderstadt.

Staufen, 21. Mai. Sei einigen Tagen entladen sich Gewitter um Gewitter in der hiesigen Gegend und dem Oberlande, deren Regengüsse die Folgen allzu großer Trockenheit, die sich immer bedenklicher gestalten, wohlthätig beseitigen. Leider berührten die gestrigen Wetter die Gemarkungen Brisingen, Ruggart, Zunzingen, Dattingen und Hügelheim mit Hagelschlag, und sollen sehr bedeutenden Schaden angerichtet haben. Die Lebensmittelpreise gingen in Folge der günstigen Witterung auf dem heutigen Wochenmarkt etwas herunter; auch die Holzpreise fallen etwas in Folge der geringen Ausfuhr und der durch den milden Winter und die Holzsparrnisse flau gewordenen Nachfrage. Dagegen stehen die Weinpreise noch immer fest.

Für Bankrottscandidaten. Die „Hamburg. Nachrichten“ vom 16. Mai enthalten die folgende angenehme Anzeige: Diejenigen Herren Kaufleute, die falliren müssen, finden in der Nähe im Ausland einen streng verschwiegenen und aufrichtigen Mann, etwas zu realisiren. Näheres unter den Buchstaben B. 475 b. d. Exp. d. Bl.

Wie man der „Zeit“ aus Cairo meldet, ist Hr. v. Garnier aus Darmstadt am 29. November am Weihen Nil von einem Büffel getödtet worden. Gleichzeitig traf auch die weitere Trauerbotschaft ein, daß Hr. Dr. Billharz, welcher sich auf den Wunsch des Herzogs von Koburg dessen Expedition von Cairo aus angeschlossen hatte, am 10. Mai Morgens 5 Uhr dem Typhus erlegen ist.

Das Hamburger Post-Dampfschiff „Saxonia“, Kapitän Ehlers, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft, ging, expedirt von Hrn. August Solten, William Miller's Nachf., am 17. Mai von Hamburg nach New-York ab. Außer einer starken Fracht- und Paketpost hatte dasselbe 300 Tons Güter und 540 Passagiere an Bord.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 25. Mai. 2. Quartal. 70. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male wiederholt: Ein Wintermärchen; Schauspiel in 5 Akten von Shakspeare. Neu übersezt und für die deutsche Bühne bearbeitet von Fr. Dingelstedt. Musik von Fr. v. Flotow. Die Tänze arrangirt von Balletmeister Beauval.

Montag 26. Mai. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement: Lohengrin; große Oper in 3 Akten von Richard Wagner. „Lohengrin“ — Hr. Schorr v. Carolsfeld vom k. Hoftheater zu Dresden; „Trub“ — Frau Schorr v. Carolsfeld, als Gaste.

Wichtig für Fabrikanten u. Kaufleute.

Karlsruher Rettungshauben,

patentirt für das Großherzogthum Baden.

Nach vielfachen Versuchen ist es mir gelungen, eine **Rettungshaube** zu erfinden, welche es möglich macht, in einem mit Rauch und Qualm bis zum Ersticken überfüllten Raum einzutreten und daselbst längere Zeit zu arbeiten, um das Feuer im Herde aufzufuchen oder bedrohte Menschenleben zu retten.

Ich erlaube mir, auf diese Erfindung, über welche ich die glänzendsten Zeugnisse verschiedener Feuerwehren, sowie der Staats- und Ortsbehörden, welche den damit vor Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog angestellten Proben beigewohnt haben und von dem Resultate sehr befriedigt waren, vorlegen kann, aufmerksam zu machen, und erbitte mich zu allen weiteren Erklärungen.

Da bei großer Zweckmäßigkeit die Preise der Rettungshauben sehr billig sind, so können solche auch von jeder Feuerwehr leicht angeschafft werden.

Der Erfinder

Heinrich Kühfuß,

Obmann der Schlauchführer in der Karlsruher freiwilligen Feuerwehr.

Adjutant der **Leopold Weber,** Adjutant der

Nähere Auskunft wird ertheilt, sowie Bestellungen entgegengenommen bei Obigem als auch durch Kaufmann **Leopold Weber,** Adjutant der Feuerwehr, Waldstraße Nr. 11 in Karlsruhe.

3.1.579. Karlsruhe. Entfernten Freunden und Bekannten theile ich die Nachricht mit, daß meine Schwägerin **Emilie Rothhardt** nach langjährigem schweren Leiden heute früh gestorben ist. Karlsruhe, den 24. Mai 1862.

Mosdorff,
Oberrevisor.

3.1.415. b. Karlsruhe.
Bekanntmachung.

Die Wiedereröffnung des Postexpeditionsdienstes in Rippoldsau, sowie der Postomnibusfahrten nach und von diesem Orte betr.

Der Postexpeditionsdienst in Rippoldsau, ferner die Postomnibusfahrten zwischen Rippoldsau einerseits und Wolfach, bzw. Offenburg, sowie Petersthal, bzw. Spemmer andererseits, werden für die Dauer des diesjährigen Sommerdienstes am 1. künftigen Monats wieder eröffnet.

Näheres über die Ankunfts- und Abgangszeiten, sowie über die Anschlüsse dieser Postomnibusfahrten an die Eisenbahnzüge, ist aus dem demnächst erscheinenden Eisenbahnfahrtenplan für den Sommerdienst zu ersehen.

Karlsruhe, den 19. Mai 1862.
Direktion der groß. Verkehrsanstalten.
S i m m e r,
Schneider.

3.1.543. Eppingen, Mittelrheintreis, Großh. Baden.

Lehrerin gesucht.

Durch freiwillige Theilnehmer soll dahier eine höhere Töchterschule gegründet und mit einer wo möglich geprüften Lehrerin besetzt werden. Es wird von ihr verlangt, daß sie die Mädchen in der französischen Sprache, in Musik und weiblichen Arbeiten gründlich unterrichte, wofür wir ihr ein angemessenes Honorar zusichern. Wir bitten, die Meldung dazu nebst Zeugnissen und Angabe der Eintrittsbedingungen bei Herrn Medizinalrath **Dr. Wilhelm** dahier in den nächsten vier Wochen einzureichen.

Eppingen, den 21. Mai 1862.

Öffene Stelle in einer Eisenhandlung einer größeren Stadt Badens für einen im Magazin-, Ladens- und Comptoirgeschäft möglichst bewanderten Volontair (Israelite) zum alsbaldigen Eintritt. Franko Offerten besorgt die Expedition dieses Blattes. **3.1.398.**

Bad Freyersbach.

3.1.442. Meine Badanstalt ist seit dem 15. d. M. wieder eröffnet und lade zu zahlreichem Besuche ergebenst ein.
Bad Freyersbach, den 19. Mai 1862.

Vörsig.

3.1.498. Lahr.
Versteigerung.

Die Stadtgemeinde Lahr läßt am **Mittwoch den 28. d. M.,** Nachmittags zwei Uhr, auf dem Rathhause daselbst versteigern: 36 Straßenlaternen mit Lampen, 3 eiserne Geldkisten.

Lahr, am 21. Mai 1862.
Das Bürgermeisterrath.
S i t t m a n n.

Pension & Molkenkur

auf Schloß Bürgeln bei Badenweiler.

Vor allen rauhen Winden vollkommen geschützt, bietet das von Hebel besungene „Bürgeln auf der Höhe“ einen so gesunden Aufenthalt, daß ich mich entschlossen habe, bei Mitwirkung des bewährten Schweizerfremden **Johann Stauffacher** hier oben eine Molkenkur, nebst Pension zu errichten.

Der Kranke, der guter Gaismolken bedarf, wie auch der nur einer Luftveränderung Bedürftige werden hier ihre Wünsche befriedigt finden und die wahrhaft himmlische Aussicht wird auch den Geist neu beleben.

Obwohl noch im Kampfe mit manchen Hindernissen, hoffe ich dennoch, sowohl durch guten Keller und Küche, als auch durch aufmerksame Bedienung alle verehrten Gäste zu befriedigen.

Eröffnung der Anstalt am 10. Juni. Anmeldungen acht Tage vor Abreise.

Schloß Bürgeln, den 15. Mai 1862.

3.1.572. **F. O'Byrn.**



3.1.567. Vörsach.

Einladung.

In Folge Beschlusses der Oberrheinischen Schützenvereine wird die Schützengesellschaft Vörsach

das erste Oberrheinische Kreischießen,

verbunden mit einem Preisgeleit, zusammen mit einem **Gabenwerth von 1000 fl.,**

den **15., 16. und 17. Juni l. J.** auf ihrem Schützenhause abhalten. Zu zahlreichem Besuche ladet ein, **Der Vorstand.**

3.1.592.

Nur 1 Thaler Pr. St.

baar oder gegen Postnachnahme kostet bei unterzeichnetem Bankhause ein viertel Originalloos zu dem am 12. u. 13. Juni beginnenden Ziehung der großen

Staats-Gewinne-Verloosung, welche letztere in ihrer Gesamtheit mehr wie 16,500 Gewinne enthält, worunter solche von Pr. St. Thaler 100,000, 60,000, 40,000, 20,000, 10,000, 8000, 6000, 5000, 4000, 3000, 2000, 1500, 1200, 80 von 1000, 400 Thlr. u. c. (ganze Loose kosten 4 Thlr., halbe 2 Thlr.). Die Gewinne werden baar in Vereins-Silberthalern durch unterzeichnetes Bankhaus in allen Städten Deutschlands ausbezahlt, welches überhaupt Ziehungsgelosten und Pläne gratis versendet.

Man beliebe sich daher direkt zu wenden an **Alfred S. Geiger in Frankfurt a. M.,** Zeil 19, gegenüber dem v. Rothschild'schen Hause.

Postgehilfen-Gesuch.

3.1.502. Bei einer Posthalterei auf dem Lande sucht man einen Postgehilfen, der im Stande ist, den Expeditionsdienst selbst zu verwalten. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

3.1.362. Neuzeln.

Hannoversche Branntwein-Presshese, beste Waare und täglich frisch zu beziehen von **Eduard Schmidt in Neuzeln.**

3.1.570. Achern.

Gehilfengesuch. Einen gut empfohlenen, gewandten Gehilfen, der sogleich oder auf kommenden 1. Juli eintreten kann, sucht

C. Gräfenbrecht, Apotheker in Achern.

3.1.354. Herrheim bei Landau.

Holländervieh-Versteigerung. Montag den 26. Mai d. J., Morgens 10 Uhr, läßt der Unterzeichnete in Herrheim bei Landau öffentlich versteigern: 2 vierjährige Pferde, 7 Stück trächtige Kühe der Holländer-Race, 1 zweijährigen Fessel Holländer-Race, daselbstige selbst aus Holland bezogen, 2 trächtige Kühe, Elan-Race. **Gg. H. Theobald,** Holzhändler.

3.1.596. Karlsruhe.

Carl Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,

empfehlend das so eben frisch angelommene **Nippoldsauer Sappin-Quelle-Wasser** u. c., sowie

frisches **Emser, Selterser, Adelsheide-Quelle, Langenbrücker, Weilsbacher, Job-Soda, Schwefel (Satz und Sels), Ludwigsbrunnen, Seilnauer, Schwabacher, Kachinger, frisches Mer-genthheimer und Mergerheimer kongentrirtes Bitterwasser, Friedrichshaller, Salsbrücker, Willauer Bitterwasser, Kissingen, Nagossi, Karlsbader, Somburger, Griesbacher, Autogaster, Petersthaler Sappin, Peters- u. Karlsruher-Quelle und Marienbader Brunnens-Wasser und Aischaffenburg-Sodener Job-drombrantige Sool-Quelle.**

3.1.439. Dühren.

Schäfersriverpachtung.

Die hiesige Winter-schafweide, welche mit 300 Stück Schafen beschlagen werden kann, wird

Freitag den 30. d. M.,
Mittags 12 Uhr,
auf hiesigem Rathhause vom 1. September 1862 bis 15. März 1863 in Pacht vergeben.

Hierzu werden die Etagerungs-lustigen mit dem Bemerkten eingeladen, daß die Bedingungen auf dem Rathhause eingesehen werden können.

Dühren, den 19. Mai 1862.
Bürgermeisterrath.
Stenzenbach.

3.1.537. Nr. 485. Mosbach.

Seil-Lieferung.

4 Antertauere, je 440' lang, 33" Umfang,
2 Königseile, je 60' " 36"
8 Zugseile, je 300' " 13"
10 " je 300' " 6"

50 Pfund Gabelstoppel sind frei an die Schiffbrücke in Dierdheim in n. n. e. h. a. l. b. 4 Wochen zu liefern. Die Seile müssen gestuft sein.

Angebote sind schriftlich und mit der Bezeichnung „Seile“ auf der Adresse vor der Submissionseröffnung am 26. d. M., Vormittags 9 Uhr, bei uns einzureichen.

Die näheren Bedingungen werden auf Verlangen zugesandt.
Mosbach, den 21. Mai 1862.
Großh. Wasser- und Straßenbau-Inspektion.
H e l b i n g.

3.1.499. Karlsruhe.

Heugras-Versteigerung.

Nächsten Mittwoch den 28. d. M., Vormittags 10 Uhr, wird das Heugras von den Remonten-einzelplätzen bei Gottesau auf dem Wege selbst abtheilungsweise gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.

Karlsruhe, den 22. Mai 1862.
Verrechnung des Remontenpostens.

3.1.486. Emmendingen. (Futter- und Heugras-Versteigerung.) Bis Mittwoch den 28. Mai d. J. werden wir in dem Domänenwald **Theningen** Almen

den heurigen Ertrags an Futter und Heugras in 38 Losabtheilungen öffentlich versteigern; wozu man sich Morgens 9 Uhr auf dem Reuthes-Theninger Bismalweg beim Wegweiser versammelt.

Emmendingen, den 20. Mai 1862.
Großh. bad. Bezirksforstl.
F i s c h e r.

3.1.538. Nr. 8089. Karlsruhe. (Zahlungs-sperre.) Nach Beschleunigung des früheren Beschlusses und des Verlustes ohne Wissen und Willen wird auf Antrag des Fischers **Johann Gottlieb Konrad** zu Neuhaus die Zahlung des badischen 35-fl. Looses, Serie 3313, Nr. 165,641, gesperrt.

Karlsruhe, den 19. Mai 1862.
Großh. bad. Stadtamtsgericht.
J u n g b a n n.